Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1.25 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.75, durch Postboten ins Haus gebracht M. 4.17. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. **Geschäftsst.:** Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 92.) Rhede, J. G. Hams. Anholt Wilhelm Wolsing.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf. Textanzeige kosten die Kleinzeile 80 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunft- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung, Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

48. Jahrgang | Freitag, den 3. Oktober 1919 | Nummer 236

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 1. Oktober

Fortsetzung der ersten Beratung des Tumultgesetzes.

Abg. **Dr. Graf zu Dohna** (D. V.): Das Gesetz war notwendig; es war nur leider zu spät eingebracht worden. Der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar; die Geschädigten sind in der größten Notlage. Kommissionsberatung ist nötig. Wir schlagen den Verfassungsausschuß zur Beratung der Vorlage vor.

Abg. Dr. **Cohn** (U. S.): Man kann die Gemeinden auch darum für Tumulte nicht verantwortlich machen, weil häufig die Beunruhigung erst durch einrückende Truppen in eine ruhige Gemeinde getragen worden ist. Ich halte es für richtig, wenn das Reich haftbar gemacht, nicht aber ermächtigt wird, die Kosten aufzubringen durch Zuschläge zu der Einkommensteuer der Höchstbesteuerten. Nach der jetzigen Fassung des Gesetzes müssen denen, die ihre Ansprüche jetzt anhängig gemacht haben, die Kosten der schwebenden Prozesse auferlegt, sie also noch bestraft werden.

Der Gesetzentwurf wird einem Ausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung der Interpellation Dr. Heintze und Genossen betreffend

die deutsche Valuta.

(Reichsfinanzminister Erzberger ist im Saal erschienen.)

Abg. **Dr. Hugo** (D. V.) begründet die Interpellation. Wirtschaftliche und politische Ursachen haben die deutsche Valuta so sinken lassen, daß sie den wirtschaftlichen Anschluß an den Markt bedroht und die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Innern gefährdet. Die Regierung müßte mit inländischen Maßnahmen und mit internationalen Verhandlungen eingreifen. Den letzten Stoß hat unsere Valuta durch die Politik des Reichsfinanzministers erlitten, der von der Möglichkeit eines Staatsbankerottes sprach, mit der Abstempelung der Noten drohte usw. Wie ist es möglich, daß ein Minister noch am Platze ist, mit dem die Mehrzahl des Volkes nicht einverstanden ist? (Lärm im Zentrum) Der Wille zur Arbeit wächst. Die Regierung muß mit äußerster Schärfe für Ruhe und Ordnung sorgen, damit das Ausland Vertrauen zu uns gewinnt. Noske hat mit anerkennenswerter Energie gesprochen. So etwas wirkt auch gut nach dem Auslande hin.

Reichsfinanzminister **Erzberger**: Der Herr Vorredner hat kein Mittel genannt zur Hebung der Valuta, das wir nicht schon in Anspruch genommen hätten. Ich nehme Bezug auf meine Denkschrift über die Valutafrage. Manches läßt sich nicht in voller Oeffentlichkeit verhandeln. Daß der Notenumtausch nicht stattgefunden hat, lag an technischen Schwierigkeiten, die von berufener Seite geltend gemacht wurden. Die Erholung des Kursus nach dem Bekanntwerden der Rückläufigmachung des Notenumtausches war nur minimal. Gestern ist mit Holland ein Valutaabkommen abgeschlossen worden. Eine Arbeitslosenversicherung ist in der Ausarbeitung begriffen. Bis diese Gesetz wird, müssen die Arbeitslosenunterstützungen gezahlt werden. Die Valuta sank im August auch darum, weil Millionen-Papier Mark aus dem Osten in der Schweiz auf den Markt geworfen wurden. Wenn Deutschland keine Zahlungsmittel mehr hat, gibt es zwei Wege: entweder mit Waren an das Ausland zu bezahlen oder langfristige Kredite aufzunehmen. Wir müssen mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft sehr vorsichtig sein. Die Einfuhr von Tabak wird übrigens geregelt werden. Wir haben keine Gelegenheit verpaßt. Die Verhältnisse in der Textilindustrie werden unhaltbar, wenn die Regierung nicht ordnend eingreift. Wir müssen uns mit den anderen Ländern auf Warenaustausch einstellen. Das alles muß zentralisiert und geordnet werden. Es geht nicht an, daß einzelne Gemeinden wahllos im Auslande einkaufen. Die Regierung tut alles, um den Export zu heben. Anleihen in großen Zügen aufzunehmen, geht nicht an vorder Ratifizierung des Friedensvertrages. Die einzigen großzügig engeldgeber sind die Vereinigten Staaten. Aber auch sie können dies erst nach der Ratifizierung des Friedens. Aber auch dann wird es nicht genügen, daß einer nach Newyork hinausfährt um gleich ungezählte Millionen einzubringen. Internationale Abmachungen sind nötig für die Sanierung des europäischen Geldwesens zwischen Europa einerseits und Amerika andererseits. Das deutsche Volk arbeitet zu billig für das Ausland. Diese Unterbietung auf dem Weltmarkt muß aufhören. Eine Änderung muß herbeigeführt werden teils durch Selbsthilfe, teils durch Regierungsmaßnahmen. Unsere Valuta kann nicht gesunden, wenn die Kapitalsflucht so fort geht. Es wird mit größter Strenge dagegen vorgegangen werden. Die Steuereform muß schnellstens verabschiedet werden, damit auch das Ausland sich überzeugen kann, daß Ordnung in unserem Staate herrscht. Die Arbeitslust steigt. Wir dürfen hoffen, daß es dabei bleibt. Die Politik der Senkung der Lebensmittelpreise wird fortgesetzt werden. (Beifall.)

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. **Dr. Braun** (Soz.): Die Zwangswirtschaft heute aufzuheben, wäre ein Experiment der verhängnisvollsten Art. Die ganze europäische Wirtschaft liegt darnieder.

Abg. **Gothein** (Dm.): Wir sind nicht für die sofortige Einführung der freien Wirtschaft gewesen, zumal nicht unsere Grenzen bloß nach dem Westen offen sind. Auf unsere Zollwachen ist nicht mehr der alte Verlaß. Die Valuta kann nur gehoben werden durch Schaffung von Auslandswerten, durch Arbeit und geordnete Finanzen.

Reichsfinanzminister **Erzberger**: Solange die Entente uns nicht Herr unserer Zollgrenzen im Westen werden läßt, so lange kann unsere Wirtschaft nicht gesunden. Damit hat die Entente keine Vorteile von diesem Zustande. In den Verhandlungen zwischen dem Reichswehrminister und der „Hohen Kommission" in Koblenz ist festgestellt worden, daß unsere Einfuhrliste auch im Westen Geltung haben muß. Ueber die Erhebung der Zölle in Gold soll am 10. Oktober eine Konferenz stattfinden. Der heutige Zustand ist unhaltbar; es muß alles getan werden, um das Loch im Westen zu stopfen, sonst können wir unsere versprochene Wiedergutmachung nicht durchführen.

Reichsminister **Schmidt**: Mit der Senkung der Lebensmittelpreise durch staatliche Zuschüsse sind uns andere Länder vorangegangen, vor allem Frankreich und England. Die Belastung des Budgets bei uns ist schwer, aber ohne diese Zuschüsse ist eine Senkung unmöglich. Solange die Valutadifferenz besteht, kommen wir aus der Zwangswirtschaft nicht ganz heraus. Aus diesem Grunde bin ich für die Einführung langfristiger Kredite.

Abg. **Thele** (D. N.): Es ist eine ungeheure Leichtfertigkeit, zu sagen, unsere Industrie würde nach dem Friedensschluß schon wieder aus eigener Kraft sich erholen. Das ist nicht möglich, wenn die Sozialisierung droht.

Abg. **Belz** (Soz.): Die Regierung sieht wohl die Unhaltbarkeit unserer Zustände und sieht, was uns not tut, aber ihr fehlt die Macht. Am Stande der Valuta sind viel weniger politische als wirtschaftliche Umstände schuldig. Beschränkung der Einfuhr, Steigerung der Ausfuhr und Steigerung der Kredite kann uns allein helfen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf morgen.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 1. Oktober

Die Denkschrift über die Gewährung einer neuen einmaligen Teuerungszulage an unmittelbare Staatsbeamte, Lehrer usw. in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betr. die Bereitstellung der erforderlichen Mittel und den dazu gestellten Anträgen geht zur Vorberatung an den Haushaltsausschuß.

Es folgt eine förmliche Anfrage der Sozialdemokraten über

die Kohlennot im Leinengewerbe.

Abg. **Frisch** (Soz.): Das Leinengewerbe steht vor einer großen Gefahr. Der geernte Flachs muß zur Gewinnung der Leinenfaser gedörrt werden, hierzu bedarf es großer Mengen Kohlen. Werden diese nicht beschafft, so verdirbt der Flachs durch die lange Lagerung und tausende von Arbeitern müssen feiern. Was wird die Regierung tun, um diese Katastrophe zu verhüten?

Ein Regierungsvertreter erwidert, die Regierung werde alles versuchen, um dem Leinengewerbe zu Hilfe zu kommen. Ob es freilich gelingen wird, die erforderlichen Kohlen zu beschaffen, steht noch dahin.

Abg. **Koch-Deynhausen** (D. N.) und Abg. **Meyer-Herford** (D. N.) schließen sich dem Fragesteller an. Es würden Millionen Werte verloren gehen, wenn keine Abhülfe erfolge.

Abg. **Wenke** (Dem.) ist zwar der Meinung, daß Flachs jahrelang lagern könne, aber die Not des Landes dränge, wir brauchen die Ware.

Abg. **Ludwig** (U. S.) fragt den Eisenbahnminister, was an der Zeitungsmeldung Wahres sei, daß sich einzelne Kommunalverbände in den Besitz von Lokomotiven und Waggons gesetzt hätten, und verlangt, den Kohlentransport auf dem Schienenwege in die Hand zu nehmen. Unter dem Kohlenmangel leide nicht nur das kleine Gewerbe, sondern das ganze Leben. Viele Industrien lägen still, Theater und Kinos müßten schließen und auch in diesem Hause sei es so kalt, daß es anscheinend nur auf die Schließung warte.

Abg. **Steinbrink** (Soz.): Mich kann die Antwort des Regierungsvertreters nicht befriedigen. Der Militärfiskus sollte die zum Flachsrösten erforderlichen Plätze zur Verfügung stellen.

Abg. **Brust** (Zentr.) nahm die Bergarbeiter gegen den Vorwurf der Arbeitsunlust in Schutz. Es sei natürlich, daß sie bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen nicht soviel Arbeit leisten wie früher.

Die Aussprache schließt.

Industrie und Betriebsräte.

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte, über den die Nationalversammlung in nächster Zeit zu entscheiden haben wird, bringt in der vorliegenden Form ohne Zweifel tiefgehende Eingriffe in Gebiete mit sich, die bisher ganz oder fast ausschließlich dem Unternehmer oder Betriebsleiter vorbehalten waren. Der Einspruch, der gegen den Entwurf in der augenblicklichen Fassung von der Industrie erhoben wird, erscheint daher durchaus erklärlich. Die Industrie läßt dabei durchblicken, daß sie nicht gegen ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an sich ist, sondern durchaus bereit ist, dem Gesetzentwurf soweit zuzustimmen, als den Arbeitern und Angestellten ein Mitbestimmungsrecht bei der Regelung ihrer Arbeits- und Dienstverhältnisse einräumt. Wogegen sie sich aber nachdrücklich wendet, ist die Absicht, darüber hinaus für die Arbeitnehmer auch ein Mitbestimmungsrecht auf die eigentliche Leitung der Betriebe gesetzlich festzulegen. Die Industrie hegt die feste Erwartung, daß der Entwurf in der Form, daß er sich in die rein wirtschaftlichen Verhältnisse der industriellen Betriebe einzumischen sucht, nicht Gesetz wird. Zumal die Gründe zum Entwurf nicht lediglich wirtschaftliche seien, sondern auch rein politische. Nämlich über die Betriebsräte allmählich zu der Vollsozialisierung zu gelangen, die man auf anderem Wege nicht so schnell erreichen zu können glaube.

Was nun Einzelheiten des Gesetzes anbelangt, denen die Industrie nachdrücklich widerspricht, so sind es, abgesehen von dem § 3, wo die Industrie die Angestellten auf gehobenen Posten, wie z. B. die Prokuristen, von der Einbeziehung in das Gesetz ausgenommen wissen möchte, vornehmlich die §§ 34, 35 und 40, bei denen der scharfe Einspruch der Industrie einsetzt. Nach § 35 (letzte drei Absätze) hat der Betriebsrat 1. „an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten" und 2. „in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, welche mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern gleiche Rechte und Pflichten haben". — Von ersterem Punkte verspricht sich die Industrie eine Förderung der Produktivität ohne weiteres nicht, fürchtet vielmehr die Gefahr der Unterbindung neuer Methoden. Der zweite Punkt bedeutet den ersten Schritt, um in die eigentliche Leitung des Betriebes Einblick und auf diese Einfluß zu gewinnen und damit in Dinge hineinzuwirtschaften, von denen die Arbeitnehmer ihrer ganzen Natur nach nicht Genügendes verstünden und auch vielfach nicht verstehen könnten.

Fast größer als zum § 34 sind die Bedenken zum § 35 des Gesetzentwurfes, dessen erster Absatz den Arbeitgeber verpflichtet, dem Betriebsrat bezw. Ausschuß „über alle die Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Betriebsvorgänge" Aufschluß zu geben, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden. Insbesondere hat der Arbeitgeber auf Verlangen „die Lohnbücher vorzulegen und den Betriebsrat über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf zu unterrichten". In Unternehmungen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichet sind, und die mindestens fünfzig Arbeitnehmer beschäftigen, können die Betriebsräte verlangen, daß ihnen vom 1. Januar 1920 ab alljährlich „eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt wird". — Zwar sind die Mitglieder des Ausschusses zu Stillschweigen über die vertraulichen Angaben verpflichtet. Die Industrie ist jedoch der Ansicht, daß dieses Stillschweigen vielfach nicht beachtet werden wird oder kann, da die Arbeitnehmer von den von ihnen gewählten Räten Rechenschaft fordern werden. Eine Verletzung der Schweigepflicht bedeutet in vielen Fällen eine Gefährdung des wirtschaftlichen Bestandes mancher Unternehmung, indem unnötigerweise der Kredit geschwächt oder gar untergraben wird. Eine Offenlegung der Bilanzen führt zu unberechtigter Gleichmacherei der Gehälter, Lohntreibereien ohne Rücksicht auf ungünstigere Betriebs- und Bilanzergebnisse in schlechten Zeiten. Nicht zu vergessen ist auch, daß der Zwang zur Offenlegung der Bilanz unter den Unternehmern selbst leicht zur Verschleierung und Korruption führt und damit zu einer Benachteiligung ehrlicher Unternehmer zugunsten weniger gewissenhafter, zu einer weiteren Untergrabung von Treu und Glauben im Industrie- und Handelsverkehr.

Der § 40 ff des Gesetzentwurfes handelt von Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern. Gegen jede Einstellung kann der Betriebsrat Einspruch erheben, wenn „wichtige berechtigte Interessen des Betriebs oder der Arbeitnehmerschaft verletzt werden". Zwar wird weiter bestimmt: „Die politische, militärische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung eines Arbeitnehmers oder seine Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verbande darf keinen Grund zur Erhebung des Einspruchs abgeben". — Hier befürchtet die Industrie, daß durch die Möglichkeit des Einspruches die Parteipolitik und der nackte Wirtschaftsterror in das Wirtschaftsleben hineingetragen werden. Dem Unternehmer solle wohl die Verantwortung für den Betrieb gelassen, er im übrigen jedoch der tatsächlichen Leitung beraubt werden. Gegen eine Verhütung schikanöser Entlassungen hat auch die Industrie nichts einzuwenden; sie läßt sich auch erreichen. In dieser Erwartung eines Terrors stimmen auf Grund bisheriger Erfahrungen die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen mit denen der Industrie überein. Zur Verhütung eines solchen weist das „Zentralblatt" (1919, 18) der christlichen Gewerkschaften auf folgende Möglichkeit hin: „Mitglieder des Betriebsrates machen sich nur strafbar, wenn sie „unbefugt Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse offenbaren, die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt geworden und als solche bezeichnet worden sind". Sie haben dann auf Antrag Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Haft zu gewärtigen. Wird diese strafbare Handlung begangen, um den Unternehmer zu schädigen oder um sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen, so tritt Gefängnisstrafe ein. Daneben kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark erkannt werden. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Bestimmungen auch ausgedehnt werden auf einen Mißbrauch des Mitbestimmungsrechtes bei Einstellungen und Entlassungen."

Die Industrie hegt die feste Erwartung, daß ihre Ausstellungen bei der Beratung des Entwurfs gehört und gewürdigt werden. Die Unternehmer wollen über jedes soziale Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer sowie über sonstige Mittel und Wege der Interessierung und Beteiligung dieser an der Hebung der Produktion gern mit reden lassen. Zur Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft bedürfen wir aber der Betriebsautorität und Unternehmerfreude. Beides sieht die Industrie durch den Gesetzentwurf, der für sie ein Sprung ins Dunkle ist, schwer bedroht.

Die zweite Haushaltsberatung wird beim Finanzministerium fortgesetzt.

Abg. Cuno (Soz.) geht auf die bevorstehende Reichstagsession ein. Der Reichsbedarf wird jährlich 17½ Milliarden erfordern, wozu noch jährlich 8 bis 17 Milliarden Abgaben an die Entente kommen dürften. Zur Deckung dieses ungeheuren Bedarfs bleibe nichts anderes übrig als Einführung neuer größerer Monopole. Die Vermögensabgabe des Erzbergerschen Planes geht nicht weit genug. Sie muß so ausgebaut werden, daß sich zur wirksamen Vorbereitung der Sozialisierung und durch den Uebergang der Steuerhoheit auf das Reich die Steuererhebung wesentlich verbilligt. Ich hoffe, daß die Maßnahme zur Entwicklung des deutschen Einheitsstaates beiträgt.

Abg. Schmedding (Zentr.) empfiehlt nach dem Muster der Kriegsanleihen-A.-G. auch in Preußen eine A.-G. zur Stützung der Landesanleihen zu errichten.

Abg. Höfles (Dem.): Was die Beamten von den Unabhängigen zu erwarten haben, hat die Rede des Abgeordneten Leid gezeigt, der sich offen gegen die lebenslängliche Anstellung ausgesprochen hat. Ein solches von allem Parteihader losgelöstes Beamtentum kann der Staat nicht entbehren. Die Rechte sollte sich bewußt werden, daß es einen Treueid der Beamten ohne Vorbehalt nicht gibt. Früher pflegte sie selbst solche Leute als Pharisäer zu kennzeichnen (Sehr gut links). Wir erwarten, daß die Regierung uns den Entwurf eines Beamtenrechtes vorlegt.

Abg. Meyer Herford (D. V.): Wir sind erstaunt über den Wandel der Anschauung, der sich an Dr. Friedberg seit dem 9. November vollzogen hat (Sehr richtig! rechts). Wir fordern, daß den Beamten die Freiheit ihrer politischen Ueberzeugung bleibt. Der Redner tritt für die Besserstellung der Beamten ein, ferner für die Verkürzung der Superanmerarzeit für die Kriegsteilnehmer und für Erleichterungen der Sekretärprüfung. Die Teuerungszulagen werden mehr oder weniger pensionspflichtig werden müssen.

Donnerstag 12 Uhr Fortsetzung der Beratung von Verordnungen.

Die Neuordnung im Reich.

Verständigung über die Umbildung des Kabinetts.

TU. Berlin, 2. Okt. Die Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts haben gestern sowohl in der Sache, sowie bezüglich der Ressorts zu einer vollen Verständigung geführt. Die Demokraten übernehmen das Ministerium der Justiz, dessen Leiter gleichzeitig mit der Vertretung des Reichskanzlers betraut werden wird, das Ministerium des Innern sowie das Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen, insbesondere des Wiederaufbaus Nordfrankreichs und Belgiens. Die endgültige Bezeichnung und Geschäftsabgrenzung für dieses Ministerium bleibt vorbehalten. Auf Grund dieser Verständigung wird der Herr Reichskanzler im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten die in der Verständigung vorgeschriebenen Verhandlungen führen, die, wie angenommen werden darf, noch im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß gelangen werden.

wird den Kabinett als Ministerium angehören. Der interfraktionelle Ausschuß tritt wie früher unter dem Vorsitz des Herrn v. Payer wieder in Tätigkeit.

Deutsch-polnischer Staatsvertrag.

bb Berlin, 2. Okt. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, ist in der letzten Nacht im auswärtigen Amt der erste Staatsvertrag zwischen Deutschland und Polen unterzeichnet worden. In den einleitenden Worten werde erklärt, daß die beiden Staaten, um sich entgegenzukommen, zunächst das Abkommen über die Amnestie, sowie über die Freilassung der Kriegsgefangenen getroffen hätten.

Neues Lohnverfahren in den Eisenbahnwerkstätten.

Die drei Mehrheitsparteien in der Preußischen Landesversammlung haben sich über die Einbringung eines gemeinsamen Antrages geeinigt, um zu erwägen, auf welche Weise ein besseres Arbeitsergebnis erreicht werden könne. Der Antrag lautet: Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen: 1. in beschleunigter Weise eine gründliche Umgestaltung und Modernisierung der Verwaltung und des Betriebes der Eisenbahnwerkstätten durchzuführen; 2. für die Beschaffung geeigneten Materials u. ausreichender Werkzeuge in der Staatseisenbahnverwaltung Sorge zu tragen und sofort versuchsweise in den Hauptwerkstätten, sowie in denjenigen Teilen des Staatseisenbahnbetriebes, in denen es zur Hebung der Arbeitsleistung angezeigt erscheint, im Einvernehmen mit den Organisationen der Arbeiter ein Lohnverfahren einzuführen, bei dem die Arbeiterschaft an gesteigerter Leistung durch Mehrbewertung interessiert wird; 3. unverzüglich mit den gewerkschaftlichen Organisationen und einem vom Haushaltsausschuß zu wählenden Ausschuß von 6 Vertretern der Parteien in dieser Richtung die Verhandlungen aufzunehmen.

Friedensfragen

Baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Frankreich.

TU. Berlin, 2. Okt. Wie die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene meldet, hat die schweizerische Gesandtschaft in Paris offiziell mitgeteilt, daß die in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen alsbald nach der Ratifikation des Friedensvertrages, die wahrscheinlich in den nächsten Tagen vollzogen wird, in die Heimat zurücktransportiert werden.

Französische „Mißverständnisse".

bb. Berlin, 2. Okt. In Worms wurde der hessische Ministerpräsident, wie das „B. T." meldet, durch die französischen Besatzungsbehörden belästigt. Der französische Oberst erklärte ihm, daß es sich um ein Mißverständnis gehandelt habe, das er bedauere.

Die Engländer gegen Arbeiterdemonstrationen im besetzten Gebiet.

TU. Elberfeld, 2. Okt. Als gestern nachmittag in Köln zahlreiche Arbeiter gegen den Schlichtungsausschuß, der sich mit den von den Arbeitgebern abgelehnten Forderungen der Metallarbeiter auf Bewilligung einer Teuerungszulage beschäftigte, demonstrieren wollte, griff die englische Behörde ein und ließ im Verein mit der Polizei aus der mehrtausendköpfigen Menge eine Anzahl Verhaftungen vornehmen. Wie die „Rheinische Zeitung" meldet, ging ein Teil der Demonstranten zu einer unabhängigen Wahlversammlung über. Die britische Militärpolizei war der Auffassung, daß die Versammlung mit der Demonstration im Zusammenhang stehe und räumte den Saal.

80 000 Bolschewisten kapitulierten.

TU. Haag, 2. Okt. Aus Konstantinopel vorliegende Nachrichten besagen: Aus Taganrog wird gemeldet, daß General Mamontow die Stadt Woronesch genommen hat. Seine Kavallerie unternahm einen Vorstoß, der die Besetzung des Bahnhofs von Liski ermöglichte. Mamontow rückte weiter nach Süden vor, um Anschluß an die Front Denikins zu erhalten. Die Operationen hatten zur Folge, daß 80 000 rote Soldaten die Waffen niederlegten.

Die Offensive gegen Petersburg.

TU. Genf, 2. Okt. Aus Helsingfors melden die Blätter: Die russische Nordwestarmee hat mit einer Offensive in der Richtung auf Petersburg begonnen. Der Feind setzt hartnäckigen Widerstand entgegen. Trotzdem wurden bereits elf Dörfer genommen. Die Offensive dauert an.

Die Lage in Fiume.

bb Berlin, 2. Okt. Laut „Lokalanzeiger" aus Frankfurt meldet „Journal de Geneve" aus Fiume, daß die Blockade strenger sei, denn je. Die Bevölkerung soll noch für drei Monate Lebensmittel haben, während diejenigen für das Heer nur noch drei Wochen reichen.

Amerika beantragt den wirtschaftlichen Boykott Rumäniens.

TU. Lugano, 2. Okt. Im Pariser Rat beantragte Amerika entschieden den wirtschaftlichen Boykott Rumäniens wegen seines Verhaltens in Ungarn. Da Frankreich und Italien widersprachen, wurde die Entscheidung bis zum Mittwoch vertagt, wo der Bericht des nach Rumänien entsandten Sir Clark in Paris eintrifft.

Ein amerikanisches Urteil über den Schandfrieden.

Die Rede des Senators Knox.

Ueber die bereits kurz erwähnte aufsehenerregende Rede des Senators Knox im amerikanischen Senat bringen die „Times" einen ausführlichen Bericht, dem wir folgendes entnehmen.

Senator Knox erklärte, daß der Friedensvertrag nicht aufgezwungen werden darf, sondern die Grundlage für jahrhundertelanges Blutvergießen bilden wird. Er ist ein republikanischer Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Beziehungen und war früher Staatssekretär. Er erklärte, das Senat, die Vereinigten Staaten von Nordamerika sollten es ablehnen, an dem Versailles Friedensvertrage teilzunehmen und vielmehr einen Sonderfrieden mit Deutschland schließen. Die „harten und grausamen Bedingungen" des Friedensvertrages, erklärte er, zwingen Deutschland Strafen auf, die das Völkerrecht verletzen und Unruhen und Meuterei herbeiführen. Es sei keine Veranlassung vorhanden, daß die Vereinigten Staaten sich den Gefahren einer solchen Lage aussetzen sollten.

„Je mehr ich diesen Friedensvertrag betrachte", erklärte Senator Knox, „desto mehr überzeugt er mich davon, daß die einzige sichere Stellungnahme ihm gegenüber für uns in der Weigerung, überhaupt daran teilzunehmen, besteht".

„Ich denke, wir sollten zugunsten von Deutschland auf allen und jeden Schadenersatz verzichten und verlangen, daß ihm das gutgeschrieben wird, auf was wir verzichten. Wir sollten verzichten auf alle Teilnahme oder Mitgliedschaft in Kommissionen, Ausschüssen, Vertretungen und ähnlichen, die im Vertrag zu seiner Ausführung vorgesehen sind, und zu denen wir nach dem Friedensvertrage gehören. Wir sollten die Abtretung deutschen Gebiets nicht genehmigen. Wir sollten die Richtlinien einer allgemeinen Politik festlegen, die bei irgendeiner Drohung, den allgemeinen Weltfrieden zu stören, zu befolgen ist, aber zu gleicher Zeit sollten wir uns vollkommene Handlungsfreiheit vorbehalten, entweder unabhängig oder in Verbindung mit anderen Mächten, um solche Schritte zu ergreifen, die wir für Erhaltung des Friedens für notwendig erachten.

Darum sollten wir den Geist des Gesetzes von 1918 in die Tat übersetzen, das den Präsidenten ermächtigt, die Völker der Welt zusammenzurufen, um ein Völkergesetzbuch aufzustellen, die Rüstungen zu vermeiden, einen Völkergerichtshof zu errichten und so weit als möglich den Frieden durch die Gerechtigkeit und durch einen Bund, zu den die ganze Welt gehört, zu sichern.

Dies würde ein passender, edelmütiger und würdiger Ausgang aus einer Lage sein, zu der wir ursprünglich keine unmittelbaren Beziehungen hatten.

Dies ist in der Tat ein harter und grausamer Frieden, den dieser Vertrag fordert, und wenn ich auch nichts gegen diese Tatsache einzuwenden habe, so vermag ich doch nicht einzusehen, weshalb wir, die wir an der Beute keinen Anteil haben, uns an seiner Härte und Grausamkeit beteiligen sollen.

Ich sehe den Grund nicht ein, weshalb wir uns daran beteiligen sollen, Deutschland einen Friedensvertrag aufzuzwingen, dessen Bedingungen, wie unsere Unterhändler sagen, es nicht erfüllen kann; einen Vertrag, der unseren alten Freund China beraubt in einer Weise, die von unseren Unterhändlern mißbilligt wird; einen Vertrag, der die Grundlage für Blutvergießen für Jahrhunderte festlegt, in das wir nicht hineingezogen werden sollten; einen Vertrag, der entgegen unserem Urteil den Betrag des zu bezahlenden Schadenersatzes nicht festgelegt und diese große Frage der Laune einer Mehrheit in einem Ausschuß für Entschädigung überläßt usw."

Später sprach der Senator den Deutsch-Amerikanern seine Anerkennung aus, die, wie er sagte, heroitwillig gekämpft haben in der Hoffnung, daß ihre Landsleute in Deutschland von seinem Ausgang Nutzen haben würden. Anstatt dessen seien dem deutschen Volke Friedensbedingungen auferlegt, die es niemals erfüllen könne.

Erben Willmers-Gorlenko.

Roman von Nina Meyke.

Nachdruck verboten.

„Meine Onkels!" kam es fast entsetzt über Tatianas Lippen. Und unwillkürlich blieb er neben mit seiner Begleiterin schärfer in's Auge zu fassen. „Sie waren General Willmers'- Enkelin und Leutnant Roderichs Tochter?"

„Ganz recht, Herr von Willmers!" entgegnete das junge Mädchen. „Meinem Taufzeugnis nach bin ich Tatiana Willmers-Gorlenko, aber weder meine Mutter noch ich haben bisher diesen doppelten Namen benutzt. Wir nannten uns einfach Gorlenko, nach Papas Mutter. Doch lassen wir das! Ich bin nicht hergekommen, um Sie an eine Verwandtschaft zu erinnern, die weder Sie noch ich anerkennen, und die außerdem ziemlich weitläufiger Natur ist! — Westernmann war vor vielleicht einer halben Stunde bei mir, er überbrachte mir — Ihre Weisung, das Haus, welches meine Mutter und ich seit einer Reihe von Jahren bewohnen, bis zum Herbst zu räumen. Da es uns aber vollständig unmöglich sein würde, Ihrem Wunsche nachzukommen, so wollte ich Sie bitten, den Befehl zurückzunehmen, bis — das —"

Sie hatte bis jetzt tapfer gesprochen, ohne auch nur ein einziges Mal zu stocken. Jetzt jedoch versagte ihr die Worte zu fehlen, und mit tief auf die Brust gesunkenem Kopf ging sie eine Weile schweigend neben ihm her.

„Mein Fräulein", unterbrach endlich Willmers, der sich nur langsam von seiner Ueberraschung erholen konnte, die eingetretene Pause. „Willmers-höh —"

„Ist keine Versorgungsanstalt, nicht wahr, das wollten Sie sagen?" fiel sie ihm in das Wort und sah wieder auf, aber ihre Augen waren so traurig, daß er die seinen beschämt zu Boden senkte. „Sie sehen, ich kenne ihre Ansicht über diesen Punkt und gebe Ihnen vollständig recht! — Trotzdem bitte ich Sie, uns das kleine Haus noch auf einige Zeit zu überlassen. Meine arme Mutter ist unheilbar krank, Herr von Willmers, und ich — ich möchte, daß sie in ihren letzten Tagen den geringen Komfort, nicht entbehrt, den ich ihr verschaffen kann. Außerdem ist sie so hinfällig; ein weiterer Transport würde ihr unbedingt schaden, und — halten Sie mich nicht unbescheiden, Herr von Willmers, aber [illegible] Sie recht von Herzen[illegible] uns die Wohnung erste noch nicht zu kündigen!"

Sie war stehen geblieben und blickte ihn so treuherzig und zugleich so traurig bittend an, daß ein wunderliches Gefühl, halb Rührung, halb Bewunderung ihn durchschauerte. Mehr als einmal hatte er sie zu unterbrechen gesucht, aber niemals war es ihm gelungen. Armes Kind! Und doch war Roderichs Tochter nicht vor einer möglichen Erniedrigung, die in einer Fehlbitte lag, zurückgeschreckt.

„Mein Fräulein!" begann Willmers endlich mit belegter Stimme, der man seine innere Bewegung anhörte. „Sie haben mich vorhin vollständig mißverstanden, und wenn Sie mich hätten aussprechen lassen, so würden Sie etwas ganz anderes gehört haben, als das, was Sie voraussetzten. Ich wollte Ihnen sagen, daß das Schloß Willmershöh für Roderichs Tochter stets gastlich geöffnet ist. Sie haben nur zu befehlen, mein Fräulein; es wird mir eine Ehre sein, jeden Ihrer Wünsche zu erfüllen!"

Ungläubig und erstaunt sah ihn Tatiana an; sie fürchtete, nicht recht gehört zu haben, tastete nach ihren Stirn, rückte an ihrem Hut, als wolle sie sich durch diese wiederholte Bewegung von ihrem wachen Zustand überzeugen. War es denn möglich, daß die bloße Erwähnung ihres Namens diesen unnahbaren Mann so zu ihren Gunsten umstimmen konnte? — wußte er denn nichts von dem schändlichen Verbrechen, das man ihrem unglücklichen Vater zur Last legte?

„Wollen Sie uns wirklich noch eine Weile das kleine Haus überlassen, Herr von Willmers?" fragte sie unsicher, und ein befangenes Lächeln zitterte scheu über ihren Mund. „Ach, ich wußte, daß Sie ein guter Mensch sind und danke Ihnen von ganzem Herzen! Sie wissen garnicht, was für einen Stein Sie mir von der Seele genommen haben!"

„War er wirklich so groß?" lächelte Herbert scherzend, und als sie nur tief aufseufzte und die Lider senkte, schauerte wieder jener Zug von Rührung oder Mitleid über sein Gesicht. „Daß ich durchaus kein guter, sondern ein gewöhnlicher Mensch bin, der in erster Reihe immer an sich denkt, habe ich Ihnen zur Genüge bewiesen", fuhr er fort. „Trotzdem bitte ich Sie, mich von nun ab als Ihren Freund zu betrachten; wir sind ja Verwandte, nicht wahr, Fräulein — Tatiana?"

Sie sah ihn mit einem rätselhaften Blick an, den er nicht zu deuten verstand, dann schüttelte sie langsam den Kopf.

„Nein, Herr von Willmers!" sagte sie in ernstem Ton. „Unsere Verwandtschaft wollen wir lieber unberührt lassen. Sie selbst werden mir vielleicht einmal Recht geben. — Ich begreife, daß Sie jede Störung Ihrer Ruhe unangenehm empfinden, und deshalb verspreche ich Ihnen, daß etwas Aehnliches wie gestern sich niemals wehr wiederholen wird. Sie sollen nie daran erinnert werden, daß jenseits der Parkmauer fremde Menschen wohnen, und zum Zeichen, daß ich Wort zu halten gedenke, überlasse ich Ihnen den Schlüssel zum Mauerpförtchen. Ich ließ ihn vorhin im Schloß stecken und vergaß ihn sogar abzuziehen, im Schreck über das unerwartete Begegnen mit Ihnen! Leben Sie wohl, Herr von Willmers! Noch einmal herzlichen Dank für Ihre Güte!"

Ohne ihm die Hand zu reichen, wandte sie sich ab und eilte hastigen Schrittes den Parkweg hinunter. Der weiße Schleier ihres Hutes flatterte im Morgenwinde; der Schall ihrer leichten Schritte wurde schwächer, noch ein letztes Aufleuchten ihrer hellen Gestalt, — dann war sie hinter der Pforte verschwunden.

Wie ein Träumer blickte er ihr nach. War dieses Mädchen wirklich Roderichs Tochter, die letzte Willmers-Gorlenko? Er fühlte es an dem Pochen seines Herzen, und jetzt wußte er sich auch die sonderbare Aehnlichkeit zwischen diesem jugendfrischen Geschöpfe und dem alten Porträt in dem Erkerzimmer zu erklären. Großmutter und Enkelin sahen sich zum Verwechseln ähnlich.

„Tatiana!" murmelte er mit lächelnden Lippen. „Tatiana!" Ein schöner, vollklingender Name! Es lag in ihm etwas von der Schwermut russischer Felder; er erinnerte an eine Melodienschöpfung Puschkins, nur hatte diese lebende Tatiana wenig oder nichts mit der träumerischen Phantasiegestalt des großen Dichters gemein; sie war ganz Leben, und das freute ihn, er wußte nicht warum.

Fortsetzung folgt

Münsterländer!
Haltet u. leset die Zeitschrift
Münsterland!



Osramwerke G. m. b. H. Kommanditgesellschaft Berlin O. 12.

Ferner führte er aus, daß Deutschland nicht ruhen und rasten werde, bis es mit Rußland und Japan sich verständigt und sich mit ihrer Hilfe von den harten Bedingungen des Friedensvertrages befreit habe.

Das Mitglied des amerikanischen Kongresses William E. Mason (Illinois) erklärte, daß der Frieden in dieser Form nicht unterzeichnet werden könne. Der Frieden sei überhaupt unter der Diktatur von drei Männern gemacht, von denen einer der Präsident der Vereinigten Staaten ist. Persönliche Kriege werden von diesen drei Diktatoren weitergeführt, und Gott allein weiß, wie lange das amerikanische Volk und der Kongreß dies erlauben werden. Mason sprach seine große Unzufriedenheit darüber aus, daß noch immer amerikanische Truppen in Sibirien seien.

Westfalen und Rheinland.

* **Bielefeld**, 30. Sept. Auf höhere Anordnung werden seit einiger Zeit alle die Straße passierenden Automobile einer scharfen Kontrolle unterzogen, um so den immer weiter um sich greifenden Schiebungen und Diebstählen wertvoller Automobilteile in etwa entgegenzuarbeiten. Aus diesem Grunde wurde auch auf dem Jahnplatze ein Auto angehalten, in welchem ein Herr saß. Der dort stationierte Polizeibeamte untersuchte das Auto und ließ sich auch vom Chauffeur dessen Papiere vorzeigen. Die Kontrolle schien dem Insassen des Autos zu lange zu dauern; es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Polizeibeamten und im Verlauf derselben entriß der Fahrgast, der sich nicht zu erkennen gab, dem Beamten die Papiere des Chauffeurs. Nunmehr erklärte der Polizeibeamte den Insassen des Autos für verhaftet und führte ihn zwecks Feststellung seiner Personalien zur Polizeiwache, wo in dem Verhafteten der Reichskommissar Severing erkannt wurde. Der Polizeibeamte, ein, wie hier bemerkt werden mag, erst kürzlich angestellter Militäranwärter, der Herrn Severing nicht kannte, hat gegen diesen Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt (!) erstattet. Auf den weiteren Verlauf der Angelegenheit ist man sehr gespannt.

* **Köln**, 1. Okt. Im Kampf um die 114 Stadtverordnetensitze, der am kommenden Sonntag ausgefochten werden wird, stehen sich nicht weniger wie sechs Parteien gegenüber. Die Zentrumspartei hatte in einer gemeinsamen Besprechung der Vorsitzenden und sonstigen Vertreter, in der nur die USP. nicht erschienen waren, erklärt, daß sie zu einer Verständigung, durch die ein Wahlkampf vermieden worden wäre, sehr gern bereit sei; daß es zu einer solchen nicht gekommen ist, ist nicht die Schuld der Zentrumspartei. Sie steht, wie immer, auch in diesem Wahlkampfe allein. Der bisherige liberale, nunmehrige demokratische Prof. Holzapfel erklärte am Sonntag in einer Versammlung der Mehrheitssozialisten, daß die Demokraten nicht gegen die letzteren, sondern nur gegen das Zentrum kämpfen. Selbstredend richten die Sozialdemokraten beider Richtungen ihre Angriffe fast lediglich gegen das Zentrum; die Demokraten bleiben ungeschoren.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 3. Oktober 1919.

v. **Mädchenfortbildungskursus.** Im großen Saale des Hospizes fand gestern die Abschiedsprüfung des Mädchenfortbildungskursus statt. Zu der Feierlichkeit erschienen außer den Eltern der Schülerinnen als Vertreter des Frauenbundes, der den Kursus ins Leben rief, die Damen Frau **Bürgermeister** Wesemann, Frau Amtsgerichtsrat **Jöeling** und Fräulein Lehrerin Sibbel, ferner eine Reihe von Damen und Herren, die der guten Sache Interesse entgegen brachten.

Beim Eintritt in den Saal überraschten die mit Blumen geschmackvoll geschmückten Tische, die neben einer Reihe feiner Handarbeiten, Stickereien, Häkel-, Flick- und Stopfarbeiten, auch eine stattliche Anzahl Torten aufwiesen, die an alte Friedenszeiten erinnerten. Mit leuchtenden Augen bewunderten die Eltern die in der leider kurzen Kursuszeit erworbene Back-, Näh- und Stickereikunst ihrer Kinder.

Die Feier selbst wurde eröffnet durch ein kurzes Begrüßungsgedicht für die Eltern. Dann begann die eigentliche Prüfung, deren Leitung in den Händen der technischen Lehrerin, Fräulein **Honekamp** lag. Nun konnten die Schülerinnen neben den erworbenen praktischen Fähigkeiten auch ihre theoretischen Kenntnisse beweisen. Da Fräulein Honekamp durch geschickte Fragestellung von einem Gebiet ins andere übergriff, war den Schülerinnen Gelegenheit geboten, ihre Eltern von ihrer Kenntnis auf allen Gebieten des Hauswesens zu überzeugen. Sowohl in der Hauswirtschaft als auch im Gartenbau, Zuschneiden, bürgerlichen Rechnen und Bürgerkunde waren die Schülerinnen wohl zu Hause.

Die Prüfung wurde harmonisch umrahmt durch den Vortrag einiger Lieder, die durch die technische Lehrerin Fräulein **Reichel** vortrefflich eingeübt waren. Dann vereinigten sich alle Anwesenden zum Kaffee, an den festlich gedeckten Tischen, und manches wohlwollende Wort der Anerkennung lohnte die fleißigen Schülerinnen, die genugsam bewiesen hatten, wie wertvoll der Kursus gewesen war, und daß man für die Einrichtung desselben dem Frauenbund zu größtem Dank verpflichtet sei.

Hierauf sprach Frau Bürgermeister Wesemann einige warme Worte der Anerkennung für die drei Damen, Fräulein Honekamp, Reichel und Mersmann, die den Kursus mit großem Geschick geleitet. Für die Eltern, die treu mitgearbeitet, und für die Schülerinnen selbst, die mit Eifer und Treue ihre Pflicht erfüllt hatten.

Dann erfolgte die Verteilung der Zeugnisse und einer Ehrengabe für die vier besten Schülerinnen. Die Feier wurde beschlossen durch die Aufführung lustiger Theaterstücke, die viel Anklang fanden. — Die ganze Abschlußfeierlichkeit des Kursus hat bewiesen, wieviel wertvolles die Schülerinnen fürs Leben gewonnen haben, und manches bedauerndes Wort wurde laut, daß der Kursus bereits zu Ende sei. Eine Fortsetzung desselben oder die Bildung eines neuen Kursus wurde dringend gewünscht.

Umsatzsteuer (Luxussteuer). Der erhöhten Steuer (10 Prozent) auf Luxusgegenstände unterliegen nach § 25 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 auch sämtliche Privatverkäufe der im § 8 des Gesetzes bezeichneten Gegenstände wie Edelmetalle, Uhren (soweit das Entgeld 100 ℳ übersteigt), Werke der Malerei und Plastik, Antiquitäten, photographische Handapparate mit Zubehör, Flügel, Klaviere Harmonien und Vorrichtungen zur mechanischen Wiedergabe musikalischer Stücke (Klavierspielapparate, Sprechapparate, Phonographen, Orchestrions usw.) sowie zugehörige Platten, Walzen und dergleichen, Billarde, Handwaffen, Land- und Wasserfahrzeuge zur Personenbeförderung, wenn sie mit motorischer Kraft betrieben werden oder wenn sie nach ihrer Beschaffenheit (Bauart, Ausstattung) für Vergnügungs- oder sportliche Zwecke bestimmt sind, Teppiche, einschließlich Wandteppiche, für deren Lieferung das Entgeld dreißig Mark für den Quadratmeter übersteigt, zugerichtete Felle zur Herstellung von Pelzwerk (mit Ausnahme gewöhnlicher Schaffelle), Pelzwerke. — Jeder Privatmann, der einen derartigen Gegenstand veräußert, ist gemäß § 25 Abs. 1 des U. St. G. verpflichtet, ein schriftliches Empfangsbekenntnis binnen zweier Wochen nach dem Empfange der Zahlung zu erteilen. Bei Teilzahlungen ist das Empfangsbekenntnis für jede Teilzahlung zu erteilen und dazu die entsprechende Steuer zu entrichten. Das Empfangsbekenntnis muß den Namen des Lieferers, den Gegenstand nach seiner handelsüblichen Benennung, den Betrag des Entgelts, den Tag der Zahlung und den Steuerbetrag enthalten. Z. B.: A. verkauft an B. eine goldene Taschenuhr im Handkauf zum Preise von 500 ℳ. Der Lieferer A. muß dann etwa folgendes Empfangsbekenntnis ausstellen: „500 ℳ für eine goldene Taschenuhr erhalten am 5. Mai 1919. Umsatzsteuer 50 ℳ. geg. A."

Die Steuer wird entrichtet, indem zu dem Empfangsbekenntnis **Stempelmarken** verwendet werden. Die Stempelmarken sind auf der Vorder- oder Rückseite des vom Lieferer zu erteilenden Empfangsbekenntnisses oder der Mitteilung, die bei Nichterteilung eines solchen der Erwerber dem Umsatzsteueramte zu machen hat, an einer beliebigen freien Stelle aufzukleben.

Die Entwertung der Stempelmarken ist in der Art vorzunehmen, daß Tag, Monat und Jahr der Verwendung der Marke auf dieser an der im Vordruck dafür vorgesehenen Stelle in deutlichen Schriftzeichen ohne jede Auskratzung, Durchstreichung oder Ueberschreibung mit Tinte niedergeschrieben oder aufgedruckt werden. Hinzufügung des Namens oder der Firma des Verwendenden ist zulässig.

Die Stempelmarken bis zum Einzelnennwerte von 10 ℳ sind bei den Postämtern zu beziehen. Stempelmarken von höherem Werte werden durch die Hauptzollämter und Zollämter verkauft.

Erhält der Käufer eine nicht gehörig versteuerte Quittung, so ist er verpflichtet, binnen zwei Wochen nach dem Tage des Empfangs und jedenfalls vor der weitere Aushändigung der Quittung diese zu versteuern. Erhält der Zahlende keine Quittung, so muß er innerhalb eines Monats dem für ihn zuständigen Umsatzsteueramt eine Mitteilung machen, welche die für die Quittung vorgeschriebenen Angaben enthält und zu ihr die Steuer entrichten. Gegen den Lieferer, der keine Quittung erteilt hat, wird das Strafverfahren eingeleitet.

o. **Landaufenthalt für Kinder aus Stadt und Industrie im Jahre 1919.** Die politischen Verhältnisse waren es vornehmlich, die dies Jahr die Unterbringung von Kindern auf dem Lande ungünstig beeinflußten. Ferner haben Erscheinungen, wie die spartakistischen Unruhen und die vielfachen Raubzüge die Landbevölkerung mit Abscheu und Furcht, sowie mit neuen Bedenken gegen die Aufnahme von Industriekindern erfüllt. Wie überall im Reiche hat auch im Münsterlande das Werk der Kinder-Unterbringung einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen, aber es hat nicht, wie in so vielen anderen Gegenden Fiasko gemacht. Wenn auch das Resultat an das der Vorjahre (1918 8700 Kinder) nicht heranreicht, so ist es doch mit 3380 **Kindern** immerhin anerkennenswert. Viele Gemeinden, viele Familien haben sich im Laufe der letzten Jahre schon so an die Aufnahme fremder Kinder gewöhnt, daß auch für die Zukunft damit gerechnet werden darf, für brave, erholungsbedürftige Kinder ein **Ferienplätzchen** zu finden.

p **Einbruchsdiebstähle.** In der Nacht vom 1. zum 2. ds. Mts. wurde ein Einbruchsdiebstahl in ein Kontor in der Dinxperloer Chaussee ausgeführt. Die Täter verschafften sich durch ein Fenster, welches sie zertrümmerten, Eingang. Sie erbrachen ein Schreibpult und durchwühlten sämtliche Behältnisse. Bei dieser Gelegenheit wurde eine wertvolle **Schreibmaschine**, System Erika, gestohlen auf deren Wiederbeschaffung eine namhafte Belohnung von seiten des Geschädigten ausgesetzt worden ist. — Da in der letzten Zeit ein schwunghafter Handel mit Schreibmaschinen nach dem Auslande stattfindet, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Maschine ihren Weg nach Holland nehmen wird. — Ferner wurden in **Duisburg** wohnenden Familie Tasche und Kleidungsstücke, sowie Schmucksachen von erheblichem Wert gestohlen. Dem Anschein nach hat sich der Dieb mit seiner Beute nach Bocholt gewandt.

v. **Beim Ueberwachungsdienst** des Oberkommandos, Zweigstelle Münster i. W., welche Stelle mit der Erfassung von Heeresgut, Staats- und Privateigentum beauftragt ist, mehren sich die Fälle letzter Zeit, in denen aus den Kreisen des Publikums anonyme Anzeigen erhoben werden, die zur Verfolgung von Schiebern und Dieben führen sollen. Da durch **daß der Name des Anzeigenden fortgelassen wird, ist es in den meisten Fällen unmöglich**, die Angelegenheit mit durchgreifendem Erfolg zu bearbeiten, da in der schriftlichen Anzeige das Wesentlichste fortgelassen wird und dadurch der von den Anzeigenden doch auch gewünschte Erfolg nicht erreicht wird. Es wird deshalb gebeten, in Zukunft die Anzeigen mit Namensunterschrift zu versehen, damit die Dienststelle sich mit dem Anzeigenden zur Auffindung von Anhaltspunkten in Verbindung setzen kann. Die Namensangabe des Anzeigenden ist nur für die Dienststelle bestimmt.

Neueste Telegramme.

Erfolgreiche Vermittlung des Arbeitsministers.

TU. **Berlin**, 2. Okt. (Drhtb.) Die von den Arbeitgebern im Berliner Zeitungsgewerbe angerufene Vermittelung des Reichsarbeitsministers hat zu einem Erfolge geführt, der vermutlich die **Streikgefahr bannen wird.** In der gestrigen Versammlung der Angestellten wurde die Antwort der Arbeitgeber auf das ihnen gestellte Ultimatum verlesen. Der Arbeitgeberverband erklärte darin, daß er die Vermittlung des Reichsarbeitsministers angerufen habe und daß der Minister zur Uebernahme der Aufgabe bereit sei. In der Versammlung machte darauf Regierungsrat Bühler im Namen des Reichsarbeitsministers den Vermittlungsvorschlag, die drei Angestelltenverbände bei den Verhandlungen über den Abschluß des Tarifvertrages als Mundanwalt zuzulassen, falls sie sich von vornherein auf die Verhandlungsdebatte des Entwurfes des Zentralverbandes festlegen. Durch eine Resolution wurde der Vermittlungsvorschlag des Arbeitsministers angenommen. Die Verhandlungen sollen heute, Donnerstag, früh beginnen und bis morgen beendet sein.

Die Kosten der Besetzung.

TU. **Rotterdam**, 2. Okt. (Drhtb.) **Ein drahtloses Telegramm aus Lyon besagt, daß der Oberste Rat es für notwendig hält, die Kosten der Besetzung Deutschlands, die Deutschland selbst bezahlen müßte, so viel wie möglich zu vermindern, ohne aber die Streitkräfte herabzusetzen. Es wurde ferner darüber beraten, ob diese Kosten einen Vorrang vor den übrigen durch Deutschland zu leistenden Zahlungen erhalten sollten.**

Verlängerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages.

TU. **Kopenhagen**, 2. Okt. (Drhtb.) Aus Stockholm wird gemeldet: Einer Mitteilung des Finanzministers Thorson an „Svenska Dagbladet" zufolge hat die schwedische Regierung Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages eingeleitet. Die Verlängerung soll nur für kurze Zeit gültig sein und zwar bis zur Fertigstellung des neuen Vertrages, der in Arbeit ist.

Der Londoner Streik.

TU. Berlin, 2. Okt. (Drhtb.) Der TU. wird aus London berichtet: Die Regierung teilt mit, daß im Eisenbahnverkehr eine Besserung eingetreten ist. Die Verteilung der Lebensmittel ist geordnet, doch wurde das dringende Ersuchen an die Oeffentlichkeit gestellt, so viel wie möglich an Kohlen und Lebensmitteln zu sparen. Die Transportarbeiter berieten heute gemeinsam mit den Eisenbahnern über einen Anschluß an den Streik. Viele Transportarbeiter sind für eine Unterstützung der Eisenbahner.

Vermischtes.

Das dicke Ende

Beim diesjährigen Schützenfest des Allgemeinen Bürgerschützenvereins in Ahlen i. W. errang der Blechwarenfabrikant H. Gerlach die Königswürde. Fünf trinkfeste Schützenbrüder ernannte er zu Hofherren und dann wurde regiert unter dem Zepter der Feuchtfröhlichkeit. Die Throngesellschaft brachte dem Gotte Bacchus solche Opfer, daß der ganze Thron ins Wanken geriet, was ja heutzutage nicht unzeitgemäß ist. Die Untertanen König Heinrichs sahen wundernt zum Throne hinauf, denn eine glänzende Hofhaltung hat dem Volke noch immer imponiert. Als die beiden Tage der Freude vorüber waren präsentierte der Festwirt die Rechnung der Schützenkönigl. Hofhaltung — fünfzehntausend Mark! Dieses dicke Ende veranlaßte die Hofherren, sich aus der königlichen Gnadensonne zurückzuziehen, denn wie die Oelder „Glocke" weiter verrät, erschien zur „Verappungspolonaise" vom gesamten Hofstaat allein der König. König Heinrich bezahlte seinen Anteil und das Freibier, das er seinen Untertanen gespendet hatte. Das andere, so sagte er, zahlten die Hofherren, die wacker gezecht und fleißig bestellt hätten. Die Hofherren erklärten jedoch, daß sie alles ganz ausschließlich auf das Wohl Sr. Majestät getrunken und nur im königlichen Auftrage bestellt hätten. Vergebens bemühte sich der König, die Hofstaaten umzustimmen — ihr Portemonnaie blieb geschlossen. Nunmehr hat der König gegen seine Hofherren eine Zivilklage angestrengt, auf deren Ausgang ganz Ahlen gespannt ist.

Israelitischer Gottesdienst.

Versöhnungstag 5680.

Freitag Frühandacht 7 Uhr, Mittag 2 Uhr — Freitag abend 6,20 Uhr (Predigt) — Samstag morgen 7,30 Uhr. — Festausgang 6,45 Uhr.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hohbach, für das Feuilleton H. Temming, für den Reklame- u. Anzeigenteil Fr. Heggen, sämtl. in Bocholt.

Bekanntmachung

Bedarf an Baustoffen.

Um den Bedarf an Baustoffen für den Hochbau zu übersehen und sicherzustellen, muß für jeden Bezirk eine Uebersicht des monatlichen Bedarfes geschaffen werden.

Für sämtliche Bauten, die entweder bereits begonnen, oder als dringlich in Aussicht genommen und baupolizeilich genehmigt sind, ist eine Nachweisung für den gesamten Bedarf an Ziegel, Kalk und Zement in **doppelter** Ausfertigung aufzustellen und nach hier einzureichen. (Formulare hierzu sind von den Ortspolizeibehörden anzufordern.) Der Nachweisung sind beizufügen:

1. Berechnung des umbauten Raumes als Anlage A;
2. Massenberechnung für Ziegel, Kalk und Zement als Anlage B.
3. Angabe der Baufristen (Zeit der Bauausführung) als Anlage C.

Die Nachweisung wird hier geprüft und darüber entschieden, ob die Belieferung des Bauvorhabens nach Lage der Verhältnisse überhaupt erfolgen kann oder nicht. Die genehmigte und festgestellte Bedarfsnachweisung wird dem Bauherrn bezw. Bauunternehmer dann zugestellt.

Die bisher vorgeschriebenen Freigabeanträge für Ziegel, Kalk und Zement (für Kalk und Zement in doppelter Ausfertigung) sind nach wie vor erforderlich. Die Bedarfsnachweisung dient lediglich als Unterlage für die Uebersicht des Gesamtbedarfes und zur schnellen Erledigung der Freigabeanträge.

Bei allen Anträgen auf Freigabe von Baustoffen ist die Nummer der genehmigten Bedarfsnachweisung anzugeben. In Zukunft werden Freigabeanträge für Bauten, für welche eine Bedarfsnachweisung nicht eingereicht ist, nicht berücksichtigt.

Freigabescheine für Zement und Kalk werden stets an den Verbraucher (Bauunternehmer), solche für Ziegel an die liefernde Ziegelei, oder falls ein Händler vorgesehen ist, an diesen direkt von hier aus gesandt.

Bei Aufstellung der Bedarfsnachweisungen wird dem Bauherrn zur Pflicht gemacht, bei Verwendung der Baustoffe äußerste Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit walten zu lassen. Wo irgend angängig, sollen die Baustoffe, für deren Erzeugung Kohlen notwendig sind, durch andere Baustoffe ersetzt werden, z. B. können vielfach an Stelle von Sockeln und Fundamenten aus Beton solche von natürlichen Steinen (Bruchsteine, Findlingsgranit) verwendet werden. Unter bestimmten Voraussetzungen kann Bruchstein auch für die aufgehenden Mauern des Hauses in Frage kommen.

Auf die Verwendung von porösen Hohlsteinen, gegebenenfalls unter Aussparung von Hohlräumen in der Mauer, auf die Ausführung von Erd- und Lehmsteinbau in ungebrannten sogenannten grünen Steinen wird besonders hingewiesen.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Der Regierungspräsident.
Graf von Merveldt.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur Kenntnisnahme veröffentlicht.

Bocholt, den 29. September 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung

Amt Rhede.

Diejenigen Haushaltungen, welche in diesem Jahre keine Kartoffeln angepflanzt haben, wollen sich am Samstag, den 4. ds. Mts., auf dem Lebensmittelamte melden.

Ferner wollen sich die Kartoffelanbauer, welche mehr wie 14 Ruten mit Kartoffeln bebaut haben, aber zur Selbstversorgung nicht ausreichen können, sofern sie die Kartoffeln direkt vom Landwirt zur Einkellerung beziehen wollen, ihren Bedarf an folgenden Tagen vormittags von 8—12 Uhr auf dem Lebensmittelamt unter Angabe der von ihnen bebauten Flächen und erzielten Erntemengen zur Anmeldung bringen und zwar am Montag, dem 6. Oktober, die Bewohner der Schloß-, Münster-, Deich-, Wehr-, Bahnhof- und Marktstraße, am Dienstag, dem 7. Oktober Burgplatz, Burloer-, Gartenstraße, Hochfeld, Kirchstraße, Kirchplatz, Nordstr., am Mittwoch, dem 8. Oktober Gudular-, Vinzenz-, Neustraße, Gildenkamp, Tempelstraße, am Donnerstag, dem 9. Oktober Hohe-, Hardt- und Bergstraße, am Freitag, dem 10. Oktober Linden-, Schiller-, Leo-, Karl- Süd-, Ost- und Wilhelmstraße, am Samstag, dem 11. Oktober Altrhede und Krechting.

8038p **Der c. Amtmann:** Schöttler.

7 Stück 5 Wochen alte
Schweine
zu verkaufen.
Essing-Lehmbrok, Büngern 1.

Junge
Schweine
6 Wochen alt, zu verkaufen.
Joh. Schnucklake, Lowick.

Acht junge
Schweine
4—5 Wochen alt, und einige **Mutterschafe** zu verkauf.
Alois Elting, Altrhede.

Mücke weg!
Bester Schutz gegen Insektenstiche. Bei:
Gebr. Stalner, Drogerie.

Eine schöne milchgebende
Ziege
billig zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Ein junger
Schäferhund
zu verkaufen.
Bernhard Schmitz, Hohenhorst 103.

Krätze
juckend. Ausschlag wird unter Garant. in 3 Tagen mit der echten Krätzeseife **Pura** geheilt. Geruchlos. Kur ohne Berufsstörung, ganz unschädlich. Paket 2,50 Mk. für Kinder, für Erwachsene 4,50 Mk., für veraltete Fälle 6,50 Mk., nur zu haben in der
Drogerie Bruns, Bocholt.

Traget mich hin zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh,
Denkt was ich gelitten habe,
Gönnet mir die ewige Ruh.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, vorgestern morgen 9½ Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden, vorher gestärkt mit den hl. Sterbesakramenten, meine liebe Gattin u. Mutter, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwiegerin und Tante, die

wohlachtbare

Frau Gerhard Steeg

Wilhelmine geb. Welsing

im blühendem Alter von 20 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Angehörigen:

Georg Steeg nebst Kind
Familie Ressing
Familie Steeg.

Dinxlaken, Bocholt, Brandenburg, Duisburg-Beek, Sterkrade, Walsum, 3. Okt. 1919.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten haben, so bitten wir, vorstehende Anzeige als solche anzusehen.



Nachruf.

Heute starb nach kurzer Krankheit, im jugendlichen Alter der Arbeiter

Wilhelm Klöpper.

Wir werden dem Verstorbenen ein gutes Andenken bewahren.

Die Inhaber, Angestellten u. Arbeiter der Firma Jos. Märlie.

✝

Das Jahres-Seelenamt

für den im Kriege gefallenen

Gefreiten

Karl Adams

findet statt am Samstag morgen 7¼ Uhr in der St. Georgiuskirche, wozu freundl. eingeladen wird.

Zur Kartoffeleinkellerung.

Haushaltungen, die im Besitz von Kartoffelbezugsscheinen sind und **keine Kartoffeln von Landwirten erhalten können**, wollen sich ab **Freitag, 3. ds. Mts.** unter Vorlage des Bezugsscheins im Lebensmittelamt, Zimmer 5, **melden.** Diese Familien sollen, soweit irgend möglich, durch die Stadt beliefert werden. Ferner wollen sich alle **solche Familien melden**, die **nicht einkellern können** und auf **Kartoffelkarte ratenweise beliefert werden müssen.**

Allen Familien, die über geeignete Lagerräume verfügen, wird nochmals dringend geraten, von der Einkellerung der Kartoffeln in weitgehendstem Maße Gebrauch zu machen, da die ratenweise Belieferung seitens der Stadt noch nicht sichergestellt erscheint, weil der Stadt geeignete Aufbewahrungsräume für Kartoffeln fehlen.

Noch nicht abgeholte Kartoffelbezugsscheine wolle man **baldigst** unter Vorlegung des Brotbuchs im Lebensmittelamt in Empfang nehmen.

Bocholt, den 2. Oktober 1919. 8070p

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Sämtliche **Milchlieferer** haben noch **heute die Kundenlisten** aufgerechnet im Lebensmittelamt, Zimmer 1, **vorzulegen.**

Bocholt, den 2. Oktober 1919. 8069p

Der Erste Bürgermeister.

Der städt. Arbeitsnachweis
Bocholt i. W.

vermittelt Stellen für männliche und weibliche Personen aller Berufe, auch Dienstmädchen, für Stadt und Land.

Die Vermittlung ist kostenlos.

Alle Arbeitgeber, sowie die städtischen und staatlichen Behörden werden auf die gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam gemacht, wonach jede frei werdende Stelle sofort dem städt. Arbeitsnachweis schriftlich, mündlich oder durch Fernsprecher zu melden ist.

Kaufe alle Sorten

Felle

zu den höchsten Preisen.

Arthur Landau, Viehhandlung,
Rhede, Gandstraße 9.

Theater-Verein e. V.

Montag, den 6. Okt., abends 8 Uhr
im Saalbau des St. Georgius-Schützenvereins und der Stadt Bocholt

1. Gastspiel des Stadttheaters Münster

Der Raub der Sabinerinnen.

Schwank in vier Akten
von Franz und Paul von Schönthan.

Preise der Plätze:

Parq.	1—4	Reihe	4,40	Mk. einschl.	Steuer,
	4—15	„	3,80	„	„ „
	16—21	„	2,20	„	„ „
	21 u. lfd.	„	1,19	„	„ „
Gallerie			0,75	„	„ „

Vorverkauf bei J. & A. Temming und Jos. Neyenhaus von **Donnerstag vormittag bis Montag mittag 1 Uhr.**

Eisenbahn-Verein Bocholt.

Am Sonntag, dem 5. Oktober 1919, nachmittags 4 Uhr
findet im Saale des kath. Arbeitervereins St. Paulus

Familienabend
mit
Tanzkränzchen

statt. — Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. Einführung von Fremden gestattet.

Der Vorstand.

Schützenverein Werth.

Am Sonntag, dem 5. u. Montag, d. 6. Oktober, feiert der hiesige Schützenverein in einem großen Zelte sein diesjähriges

Schützenfest

in althergebrachter Weise.

Fremde haben gegen Eintrittsgeld Zutritt.

Der Vorstand.

Bienenzucht-Verein Krechting.

Am Sonntag, dem 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr findet im Vereinslokal der Ww. Joh. Elbers, Krechting, eine

Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Wissenschaftlicher Vortrag.
2. Verlosung.
3. Rechnungsablage und Zahlung der rückständigen Beiträge.
4. Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Kath. Gesellen-Verein Rhede.

Zum letzten Male!

Am Sonntag, dem 5. Oktober, nachm. 4½ Uhr
im **Hengstermann'schen Saale:**

Theater-Aufführung
des Trauerspieles
„Franz Pizarro"
in 5 Aufzügen
von Dominikaner-Pater **Maurus Carnot.**

Eintritt: 1. Platz 2,00 Mk., 2. Platz 1,50 Mk.

Zu zahlreichem Besuche ladet freundl. ein

Der Vorstand.

Bürgerkrug
Telefon 815
empfiehlt sein
Fürstenberg-Pilsener
sowie
Dortmunder
Hell und dunkel.
Sämtliche Biere sind in Syphon zu haben.

Meine Modellhut-ausstellung enthält hochaparte Neuheiten

Josefa Nientimp

Velour-, Filz- und Sammethüte werden nach den neuesten Formen umgearbeitet.
— Schnelle Lieferung —

Den geehrten Schülerinnen u. Schülern des

Tanzkursus Halseband

zur gefl. Kenntnis, daß ich die Leitung des Kursus übernommen habe. Um pünktliches Erscheinen zu den Uebungsstunden Dienstags und Freitags ab 8 Uhr wird gebeten.

H. Kaste, Bocholt, Nordallee 74

Feiertagshalber

sind unsere Geschäfte von Freitag, den 3. Oktober, abends 6 Uhr an und Samstag, den 4. Oktober den ganzen Tag

geschlossen.

Schuhhaus Gompertz,
S. B. Löwenstein,
Jakob Meier,
Max Mendels,
M. Mühlfelder,
A. & J. Spier,
Riesen-Bazar Otto Scherbel,
Warenhaus A. Weyl.

Für Wiederverkäufer!

Montag eintreffend:

holl. Vollheringe

Faß 800/850 M. 460.—

Louis Goedhardt.

Von einem selbständigen Handwerker in Rhede

5000 Mark

auf bald zu leihen gesucht. Sicherheit vorhand. Pünktliche Zinszahl. zugesichert. Selbstverleiher wollen ihre Adressen unter **J. H.** an die Ann.-Exp. **Joseph Heinrichs, Rhede,** einreichen.

25% schwefels. Ammoniak

in Ladungen von 5 bis 15 Tonnen für Oktober und November abzugeben.

Off. unter **V. 7881** an die Ann.-Exp. **E. Vendel, Münster i. W.**

Landwirte!

Für abgelieferte Oelsaat kann das Geld abgeholt werden.

B. Rütten.

Freibank.

Heute, den 3. Oktober, von 2 Uhr ab: Nr. 226—380 4868

Größere

Wagenplan oder Zeltbahnen

zu kaufen gesucht.

F. Buhhoff, Ostwall 86.

PIANO

Stimmungen und Reparaturen

werden sachgemäß und billig ausgeführt.

J. Rindlisbacher,
Nordwall 11.

Empfehle mein großes Lager in

prima

Gummihosenträger, Schnürriemen und Erdal-Schuhcreme.

Bei größerer Abnahme 10% Rabatt.

Schuhgeschäft
Leo Euting, Rhede.

Kleines schwarzes

Geldtäschchen

mit größerem Inhalt verloren.

Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle.

E. A. V. B.

Sonntag, den 5. Okt. nachm. 3 Uhr

Monatsversammlung

in „Stadt Münster".

Der Vorstand.

Kriegsbeschädigten-Vereinigung
Bocholt i. W.

Anläßlich des Blumentages der Kriegshinterbliebenen-Vereinigung findet die **nächste Monatsversammlung am Sonntag, den 12. Oktober** statt.

Der Vorstand.

Stenbecken
empfiehlt die
Drogerie Bruns

Zurück!
Dr. med. Burkart
Facharzt für Haut-, Blasen-, Bein- und Geschlechtsleiden
Duisburg, Buchenbaum 33.
Sprechst.: Wochentags 10—1, ½4—½7.

Gelernte Dreher und Schlosser

suchen **sofort**

Flender u. Co.,
Werk II, Westend.

Ein tüchtiger

Fuhrknecht

gesucht, der gut mit Pferden umgehen kann.

Näheres Geschäftsstelle.

Ordentlicher

Laufjunge

auf sofort gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Tüchtiger selbständiger

Schuhmacher-Geselle

auf sofort gesucht.

Josef Wendholt.

Fuhrknecht.

Junger oder älter. Mann gegen hohen Lohn bei freier Kost und Logis auf sofort gesucht. Meldung bei

Bernh. Schlatt,
Dachziegelei, Crommert.

Ein tüchtiges

Küchen- und Zweitmädchen

nach auswärts gesucht.

Näheres bei

Frau Aloys Reygers,
Ostwall.

Ein kräftiges

Mädchen

von 16 Jahre sucht Stellung für einige Tage in der Woche auf dem Lande oder in der Stadt.

Näheres Geschäftsstelle

Hausmädchen

zum 1. Januar gesucht.

Navardistr. 501.

Zuverlässiges, kath.

Mädchen.

welches melken kann und Landarbeit versteht, für Mai 1920 gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Uebersichtstafel der neuen Postgebühren.

Gültig vom 1. Okt. 1919.

Preis 25 Pfg.

J. & A. Temming

Wohnung

von 5—6 Räumen ev. auch mit Werkstatt oder kleinem Lagerraum jetzt od. später zu mieten gesucht.

Näheres Geschäftsstelle

Wohnhaus

mit oder ohne Laden in oder Nähe der Stadt sofort oder später zu mieten oder zu kaufen gesucht.

Angeb. unter **B. 460** an die Geschäftsstelle.

Besserer Herr sucht auf sofort freundlich

möbl. Zimmer

in ruhigem Hause, am liebsten mit voller Pension.

Preisangebote unter **C. 8041** an die Geschäftsst.

Blattläuse.

Amelsen, Brennöle vernichtet radikal „Aphisin". bei Gebr. Stelner, Drog.

Großer, wetterfester

Capes

(Friedensware)

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle

Herd, 2 Oefen, Partie Stärkewäsche und langen Manuel

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein

Gasherd

und eine Gaslampe zu verkaufen.

Schwabenstr. 14.

Ein dreiflammiger

Gasherd

(System Junker & Ruh) zu verkaufen.

Gallerstraße 19.

Einige guterhaltene

Velour-Hüte

billig zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Schwarzer

Jagdhund

entlaufen.

Wiederbringer erhält gute Belohnung.

Heinrich Leiting,
Büngern.

Am Dienstag mittag ein junger, schwarz-weißer

Foxhund

abhanden gekommen.

Wiederbringer erhält Belohnung. Vor Ankauf wird gewarnt. Abzugeben bei **Bonning,** Niederstr. 8